

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 21. Dezember 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verammlungs-, Vergütungsinferte usw. 15 Pfennig die Zeile; Säule, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 30 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 147

Der Weihnachtsfeiertag wegen erscheint Nr. 150 erst am 30. Dezember. Die für die Zeit vom 25. bis 29. Dezember bestimmten Bekanntmachungen, Inserate usw. müssen daher schon Donnerstag, den 23. Dezember, früh, in unsern Händen sein.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes über Aufnahme einer neuen Kriegesstatistik.
Artikel: Im allgemeinen beiderseits Entgegenkommen! (Schluß).
Richtigstellung und Aufklärung. — Die freien Gewerkschaftskartelle im Jahre 1914.
Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht: Haben die Krankenkassen bei Zwillinggeburten doppeltes Entgelt zu zahlen?
Korrespondenzen: Frankfurt a. M. — Leipzig. — Nürnberg. — Stuttgart (Sch.).
Ausschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Kriegs- und Teuerungszulagen. — Konkurs. — Trauriges Schicksal einer Regimentsdruckerel. — Neue bundesrätliche Verordnung über Zeitungsanzeigen. — Zur Erscheinungsweise der Zeitungen an Weihnachten und Neujahr. — Das Zeitungslesen als zeitgemäße Verpflichtung. Zur Verwendung von Weihnachtspaketen ins Feld. — Staatshilfe und Selbsthilfe im Wirtschaftsleben. — Erfolgreicher militärischer Bierbockhoff. — Vom Kriegsaussschuß für Konsumenteninteressen.

Bekanntmachung.

Um einen Überblick über den augenblicklichen Mitgliederstand, über die Arbeitsverhältnisse und über die vom Beginn des Kriegs an gewährten Unterstützungen zu gewinnen, wird am 31. Dezember 1915

eine neue Statistik aufgenommen werden. Den Vorständen gehen Fragebogen zu, die wir bis 24. Januar 1916 an den zuständigen Gauvorstand zurückzusenden ersuchen. Die Gauvorstände werden ersucht, das Ergebnis der Statistik in ihrem Gauvereine bis spätestens 1. Februar 1916 dem Unterzeichneten mitzuteilen.

Wir bitten dringend, die gestellten Fragen sorgfältig zu beantworten, da das Ergebnis der Statistik auch seitens der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands verwendet werden soll.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

Im allgemeinen beiderseits Entgegenkommen!

Der Deutsche Buchdruckerverein erlebt in diesen Wochen wenig Freude. Die durch den Krieg und seine lange Dauer eingefahren betrieblichen Schwermere wie die unausbleiblichen geschäftlichen Schwierigkeiten anderer Art bereiten nicht nur vielen Mitgliedern ernste Sorge, sondern auch die Organisation der Prinzipale hat dadurch manche neue Aufgabe gestellt erhalten; von den Funktionen als Metallvermittlungsstelle und ähnlichem ganz abgesehen. Man kann sich aber nicht des Eindrucks erwehren, als wäre von nicht so wenigen Prinzipalen, die jetzt unter Personalmangel besonders zu leiden haben, ein Lamento erhoben worden, das von der Seelenruhe, mit der in den Augusttagen

1914 die Zahl der Gehilfen und Arbeiter bis auf einen winzigen Bestand reduziert wurde, wenn nicht überhaupt Schließung der Druckerei stattfand, erheblich abfiel. Es ist schon mehrmals nach eignen Erklärungen von Prinzipalen erwähnt worden, daß man der Kopflosigkeit der Kundschaft die eigne folgen ließ, die gar nicht selten in Rücksichtslosigkeit gegen das Personal endete.

Das unnahtliche Spektakel einer Anzahl von Berliner Mitgliedern hat in den vergangenen Wochen einen Charakter angenommen, der in seinem schlechten Eindruck kaum noch überboten werden kann. In der Sozialdemokratie spielen sich gewiß auch recht unerbauliche und der Sache absolut nicht förderliche Dinge ab, die wenig lebenswürdigen Auseinandersetzungen dort wirken jedoch gegen die polemischen Manieren des Dr. Diehsch wie ein angenehmer Hautreiz. Es macht nämlich einen wesentlichen Unterschied, ob der fünfköpfige „Arbeitsausschuß“ der Berliner Prinzipalsopposition die neue Heilsbotschaft verkündet oder Diehsch allein seine Affachen in Flugblättern reißet. Das letztere ist zweimal geschehen, soweit uns bekannt wurde. Wer von den Prinzipalen jemals den Ton im „Korr.“ bemängelt, wird im stillen wohl schon Ruhe in Sach und Mäße getan haben. Wir behalten uns vor, in einiger Zeit auf diese offiziellen und privaten „Denkschriften“ näher einzugehen. Die Sache ist wichtig genug, um unterseits einiges mehr dazu zu sagen. In der „Zeitschrift“ haben etliche Prinzipale das Wort bereits ergriffen und ganz gute Argumente gegen die Berliner „Innenleiter“ ins Feld geführt. Das Prinzipalsorgan selbst hat sich auf einige kurze Erwidierungen beschränkt, unter denen die zuletzt erschienene Satire recht interessant war, da sie hübsch hinter die Kulissen leuchtete. Und das erscheint notwendig, denn die 70 Unterzeichner des Aufrufs vom Oktober müssen nicht nur danach gewertet werden, was darin geschrieben steht. Herr Dr. Diehsch zeigt sich in seiner letzten Veröffentlichung (Dezember) erstaukt, daß das Verbandsorgan sich der „Zeitschrift“ als „merkwürdiger Tischgenosse“ zugesellt. Diese Entdeckung ist von ihm reichlich spät gemacht worden, denn schon in den Nummern 111 und 119 haben wir doch gar keinen Zweifel belassen, wie man diesen Vorstoß richtig einzuschätzen hat. Das Weitere wird noch zu sagen sein bei näherer Betrachtung dieses blamablen Vorganges, der wahrhaftig kein Ruhmesblatt für unser Gewerbe ist. In einer solchen Zeit zumal.

Die Wahrnehmungen, die gehilfenseitig mit Prinzipalen und Prinzipalsvereinen im Laufe der letzten Monate gemacht wurden, waren ganz unterschiedliche. In der Angelegenheit der Kriegesbeschäftigungsfürsorge und der Kriegessteuerzulagen kann man mit dem Deutschen Buchdruckerverein als solchem am meisten zufrieden sein. In letzterer Hinsicht wollte es erst nicht recht gehen. Seitdem der Frankfurter Ortsverein aber darin einen mutigen Schritt vorwärts tat, wurde es besser. Die „Zeitschrift“ brachte dann auch einen verständigen Artikel darüber. Der Vorstand des Kreises II dokumentierte jedoch mit seinem Zirkular von Ende November einen Standpunkt, der nicht nur direkt gegen das entgegenkommende Verhalten der Frankfurter Prinzipale gerichtet ist, sondern auch von neuem bekräftigt, daß man im Kreise II nicht besonders entgegenkommend gesinnt ist. Die Bewilligung von Teuerungszulagen

hängt aber jetzt nicht mehr von Prinzipien ab, und so wird jenes Rundschreiben seinen Zweck wohl verfehlt haben. Man wäre eigentlich versucht, über die Kompetenzfrage der Organisationen in dieser Frage eine kleine Satire zu schreiben, finkemalen Verbandsvereinen hierin verwehrt wurde, was Prinzipalsvereine für sich unbedenklich in Anspruch nehmen. Wir haben ferner konstataren können, daß örtliche Prinzipalsvereine von ihrer Gehilfenschaft in weitem Maße Entgegenkommen beanspruchten, die erfahrungsgemäß die Zugehörigkeit selbst sind. Auch wo ein Entgegenkommen nichts gekostet hätte, blieb es hier und da aus. Wir erwähnen den Fall aus Halle a. d. S., wo die Prinzipale unsern Gaukassierer Dhs nicht als Arbeitsnachweisverwalter der Hilfsarbeiter anerkennen wollen, obwohl sie keinerlei Beschwerde gegen die Geschäftsführung Dhs vorbringen können und die Hilfsarbeiter mit ihm auch völlig zufrieden sind und Dhs ohnehin den Arbeitsnachweis der Buchdruckerarbeitsgemeinschaft verwalten! Wenn die Gehilfen eine solche Bockbeinigkeit zeigen würden, könnte man angesichts der gegenwärtigen Situation einen ziemlich eindeutigen Kommentar dazu vernehmen. Es sollte aber nicht vergessen werden, daß das Verhalten auf der einen auch das auf der andern Seite bedingt.

Mit dem kreisweisen Anlernen von Maschinenhebererfab, wie es die „Zeitschrift“ Mitte April anregte, ist es ebenfowenig etwas geworden wie mit der Errichtung einer Sehmachenschule im Kreise VII (siehe dazu auch den zweiten Artikel dieser Nummer); einmal schien es sogar, als wäre von der Hauptleitung in dieser Angelegenheit noch mehr geplant. Es ist bedauerlich, daß der Kostenpunkt und zeitliches Verpassen zu diesem Endresultate geführt haben. Die Karlsruher Sehmachenschule war nicht nach dem Geschmack der Gehilfen, auf anderer Grundlage würde sie aber einer neuen Einrichtung gewiß nähergetreten sein. Nun ist es mit Karlsruhe ja wohl aus, mit Leipzig ist es nichts geworden, wenigstens nicht in der geplanten Weise; für Kriegesbeschäftigte aber konnten an der Barmer Kunstgewerbeschule unlängst durch öffentliche Mittel einige Sehmachinen zum Lernen aufgestellt werden, wie auch Mälers Technikum seine Sehmachinenabteilung dafür zur Verfügung stellte. Wiewohl gegen beide Einrichtungen nicht das geringste gesagt sein soll, denn die tariflichen Grundfäße werden dabei in volstem Maße respektiert, kann man den jetzigen Zustand nicht befriedigend nennen. Der Deutsche Buchdruckerverein hat unsres Erachtens hier an Tatkraft zu wünschen übrig gelassen. Früher oder später muß diese Lücke ausgefüllt werden.

In Nr. 143 wurde an dieser Stelle von einem unglaublichen Inserat eines Druckereibesitzers Mitteilung gemacht. Wir sind jetzt in der Lage, dieses „Kriegesdokument“ im Wortlaute zu bringen:

Für die Dauer des Kriegs für tägl. erscheinende Zeitung mit Abzidendruckerei erfahrener, militärfreier, lothkundiger

Sachmann

als Redakteur, techn. Leiter, Messer, Maschinemeister, Setzer, Buchhalter usw. für sofort gesucht. Angeb. mit Gehaltsanpr. an Fritz Maschke, Wiebelskirchen (Bez. Trier).

Diese hanebüchene Anzeige hat an anderer Stelle, als sie von der „Frankfurter Zeitung“ angekauft wurde, das Licht der Welt erblickt, nämlich im Klinschischen Anzeiger. Mit der „Charge“ usw.

hätte der Gesuchte mindestens sieben Posten zu bekleiden, und siehe da, laut Druckerladendruck: beschäftigt Maschke genau sieben Arbeiter bzw. Arbeiterinnen in seiner außerhalb der Tarifgemeinschaft stehenden Druckerei. Das Unvermögen von Fachmann müßte also wohl auch Anlegerin und zugleich Zeitungsausträgerin mit sein, dann ginge das Weltblatt in Wiebelskirchen von der Abfassung des Manuskriptes bis in die Wohnung des Lesers hauptsächlich durch eine Hand. Kilmisch hätte die Bekanntgabe eines solchen Unfugs durch Ablehnung des Inserats verhindern sollen, leider aber ließ man so etwas schon zum zweiten Male durchgehen. Die Abergpanntheit von Maschke ist ja grenzenlos. Er soll der Allgemeinheit der Prinzipale nicht an die Rockschöße gehängt werden. Da indes schon drei Fälle solcher verhängenen Unvernunft während des letzten Vierteljahres festzustellen waren, so dürfte es sich wohl empfehlen, daß auch im Prinzipalsorgan einmal das Notwendige zu derartigen blanken Ansinnen gesagt wird. Man kann gewiß verschiedene Ansichten über die Nützlichkeit oder Schädlichkeit gedruckter Worte haben, also große Reserve aber ist in keinem Betracht von Vorteil.

Das Verhältnis des Arbeitgeberverbandes zur Preisaristokratie ist natürlich ein sehr wohlwollendes. Das Organ dieser erklärten Nutzenfeiler liegt uns erst bis zu dem am 30. November erschienenen Nummer vor, aber man konnte schon nach den früheren Auslassungen, denen eine Zeitlang Schweigen folgte, vollständig im Bilde sein.

Die Sache begann mit einem eigenartigen Verhängnis. Der „Typograph“ konnte um die Jahresmitte ein Zirkular des Arbeitgeberverbandes vorliegenden bringen, worinnen die Aufforderung zum Tanz, weibliche oder andre Hilfskräfte an der Sechsmaschine anzuheuern. Dem Bundesorgan wurde deswegen von Herrn Reismann-Grone zum Vorwurfe gemacht, ein gestohlenen Schriftstück veröffentlicht zu haben; es habe damit seine Auffassung vom Burgfrieden bekundet. Dieses Zirkular sollte gar nicht zur Versendung gelangt sein, es ruhe noch gedruckt im Pulke des Vorstehenden vom Arbeitgeberverband. Es waren wenig mehr als vier Wochen vergangen, da erschien in der „Deutschen Buchdruckerzeitung“ (27. Juli) die Berliner Aufforderung zum Tanz gegen den Druckpreistarif. Von dieser Veröffentlichung sagt Herr Dr. Diehsch in seinem Flugblatte vom November, der Aufruf sei auf ihm unerklärliche Weise dem Arbeitgeberverbandesorgan zugänglich gemacht worden. Es habe sich nur um einen Entwurf gehandelt, dem seine engeren Gefinnungsgenossen die Zustimmung verweigert hätten; er sei deshalb weder gedruckt, noch veröffentlicht worden, noch irgendwelchen Interessenten zugegangen. Also hätte nach Reismann-Grone der Aufruf das Arbeitgeberverbandesorgan ein, gestohlenen Schriftstück in die Öffentlichkeit gebracht und auf solche Weise seine Auffassung vom Burgfrieden bekundet. Herr Dr. Diehsch hat das freilich nicht gesagt, und Herr Dr. Reismann-Grone wird über sein Organ auch nicht die Meinung gehabt haben, denn wenn zwei dasselbe tun, soll es bekanntlich ja nicht dasselbe sein.

Die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ brachte nun am 30. November jenen wahlflugblattähnlichen Aufruf, den wir zuvor schon erwähnt haben, und der als der zensurierte und reformierte Diehsche aus den Tulltagen anzusehen ist. Es geht darin über die Großbetriebe her, während für die mittleren und kleinen Druckereien der Anbruch einer neuen, besseren Zeit verheißen wird, wenn sich der Berliner Opposition das Interesse „von 96 Proz. des ganzen Gewerbes“ zuwendet. Das Arbeitgeberverbandesorgan gibt im Anschluß an den Aufruf zu verstehen, wie sehr damit auch seiner Gefolgschaft aus dem Herzen gesprochen ist. Die Herausgabe des Preistarifs wird die Auffstellung von Kalkulationstabellen werden jedoch eine anerkennenswerte Aufklärung für weite Kreise des Gewerbes genannt. Während aber die Berliner Preistarifstellen eine Hineinziehung der Gehilfenschaft öffentlich vermeiden, wiewohl diese gar nicht bei diesem Streite „desinteressiert“ sein kann, drückt die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ ihren Unwillen darüber aus, daß die Gehilfen in die Be-

rechnung und Preisbemessung sowie in die Kontrolle der Gewerbebetriebe hineinsprechen, und daß allzu stark schleudernden Firmen das Personal entzogen werden kann. Die tatsächlichen Verhältnisse zeigen hier indes eine recht bescheidene Mitwirkung der Gehilfenschaft. Für „eine bestimmte Clique“ im Deutschen Buchdruckervereine fallen dann etwelche Liebeshwürdigkeiten ab. Ohne logischen Kopfsprung kann es aber nicht gehen. Die große Unklarheit bei den Berliner Siebziger erfährt in der Behauptung: „Dabei sind es in der Hauptsache die kleinen Druckereien, die die Preise verderben“, ganz bedenkliche Verschlimmerung. Wenn die „Kleinen“ mit solcher Vehemenz vor den Kopf gestossen werden, dürfen sie wohl schwerlich den neuen Metallaffen Rosen auf den Weg streuen.

Im übrigen geht es im Arbeitgeberverbande kunterbunt zu. Konnten wir in Nr. 136 an dieser Stelle Mitteilung über eine Umfrage des Vorstehenden machen, der gern wissen wollte, wer von den Mitgliedern sich im Verzeichnisse der tarifanerkennenden Firmen befindet, so zeigt ein Rundschreiben vom 1. Dezember den Vorstehenden ganz genau orientiert über seine Mitglieder. Diese müssen zum Teil dem Arbeitgeberverbande die Treue schlecht halten, denn dieses Zirkular ist ein regelrechter Mahnbrief zur Zahlung der Beiträge für 1915. Zweien deutsche Reichsmark für jeden beschäftigten Gehilfen kostet der arbeitgeberverbändlerische Sport. „Da der Verband wieder einiger Mittel bedarf“, erhalten die geehrten Restanten nun einen Rippenstoß. Eine beigefügte Postanweisung mit Adressenvordruck läßt eine Gewohnheitserscheinung vermuten. Es hat halt jeder seine Höfe! Beim Arbeitgeberverband ist wenigstens so einmal Konsequenz zu beobachten.

Die Tarifgemeinschaft wird durch die so bürgerlichen Anstürme auf den Preistarif naturgemäß in Mitleidenschaft gezogen. Die Versicherung: „Wir sind tariffrei und wollen es bleiben“, hat zum mindesten zur Voraussetzung, die Zeit der nächsten Tarifrevision abzuwarten und bei dieser Gelegenheit auf Abänderung, ansehnlicher Bestimmungen des Tarifs zu dringen. Der Weg, dahingehend zu wirken, steht einem jeden frei; prinzipals- wie gehilfenseitig hat man bislang in seinen Organisationen solche Propaganda entfaltet, wann die Zeit erfüllt war. Wenn man von Berlin aus nun in dieser Weise auf den Deutschen Buchdruckerverein und den Preistarif losschlägt, dann wird die Tarifgemeinschaft mitgetroffen. Neben dieser indirekten Wirkung kann es auch zu Handlungen kommen, die eine direkte Schädigung für die Tariffrage bedeuten. Es bleibt abzuwarten, in welcher Richtung sich die Querschnittsbereiten entwickeln werden. Wenn der Deutsche Buchdruckerverein über diese seine Mitglieder die Gewalt verloren hat, wird von anderer Stelle aus vor der Tarifgemeinschaft Halt zu bieten sein.

Die in voriger Nummer gebrachte Publikation des Tarifamts und der Organisationen in unserm Gewerbe ist ein dokumentarischer Beweis für die von Schwierigkeiten geradezu strotzende Zeit. Die Abwanderung zum Millitär geht fort und fort. Es war unter diesen Umständen geboten, dem Tarifamt ein Recht zur Gewährung tariflicher Ausnahmen zu sanktionieren. Irgendein Kreis oder Verein von Prinzipalen kann also nicht irgendwelchen Beschluß fassen, der diese oder jene Tarifbestimmung für die weitere Dauer ausschalten würde; auch kann nicht eine Firma nach ihrem Befinden darüber dekretieren oder den Tarif selbstherrlich auslegen. Das Tarifamt allein prüft und entscheidet über den besonders zu stellenden und entsprechend zu begründenden Antrag jeder einzelnen Firma, deren Betriebsmöglichkeit nachweisbar in Frage gestellt sein muß. Schiebungen also, wie sie in den vergangenen Monaten mehrfach zu unserer Kenntnis gelangt und zum Teil auch veröffentlicht sind, ist ein sicherer Regel vorgelegt worden.

Wir wollen jedoch nicht unterlassen, nochmals auf den schon früher empfohlenen Ausweg hinzuweisen mit der Verteilung von Druckaufträgen, deren Herstellung den leistungsfähigsten Firmen unter den jetzigen Umständen außerordentlich schwer fällt. Wir haben das letztmal darüber in Nr. 135 ge-

sprochen. Die ungleiche Beschäftigung der Druckereien ist auch jetzt noch unstrittig, wie sie für die Druckorte selbst zutrifft. In Leipzig waren beispielsweise zu Anfang vorletzter Woche 43 Gehilfen beim Arbeitsnachweise vorgemerkt, die allerdings am Wochenschlusse sich auf 21 vermindert hatten. Was wir in Nr. 145 über die gehilfenseitigen Anstrengungen geschrieben haben, Arbeitskräfte aufzubringen, verdient ebenfalls Beachtung.

Das Tarifamt hat mit seinen bisherigen Friedensmaßnahmen bei allen Gewerbeangehörigen, die eines guten Willens sind, warmen Anklang gefunden. Die ihm jetzt von den Organisationen „bei voller Aufrechterhaltung der gewerblichen und tariflichen Ordnung“, wie es ausdrücklich in der neusten Kundgebung heißt, übertragene Mission wird es sicherlich auch zur Zufriedenheit aller lösen und den Wiedereintritt völlig normaler Verhältnisse nicht von Spezialinteressen abhängig machen lassen, sondern ihn mit den gewerblichen Organisationen gemeinsam bestimmen. Die Mitwirkung des Gutenbergbundes in dieser wichtigen Angelegenheit bietet eine Gewähr, daß die Gehilfenschaft geschlossen einer Zeitnotwendigkeit entspricht, aber auch von der Prinzipalsität erwartet, geschlossen gegen etwaige illoyale Handlungen einzelner vorzugehen.

Im Schlußworte zunächst eine kleine Orientierung durch diese Artikelserie: Am 14. Oktober begonnen, hat sie zeitlich sich auf über neun Wochen ausgedehnt und ist durch elf Nummern geführt worden. In dem aus 30 einzelnen Skizzen sich zusammensetzenden Gesamtbilde konnte folchermaßen jeder bemerkenswerte Vorgang festgehalten werden, der in den letzten vier Monaten des zweiten Krieges jahres organisatorisch, beruflich und gewerblich Aufmerksamkeit und Beachtung erheischte. Eine Aufzählung des Inhalts dieser großen Abhandlung von so vielen Artikeln können wir uns ersparen, da er in dem bald erscheinenden Jahresinhaltsverzeichnis eine sorgfältige Gliederung erfährt. Wir glauben mit diesen unsern Darlegungen in den Nummern 119, 122, 123, 125, 128, 135, 136, 143, 144, 145 und 147, der Kollegenschaft wie überhaupt den Lesern des „Korr.“ weitgehendste Kenntnis davon vermitteln zu haben, was in diesen ungewöhnlichen Zeitaltern unser Sorgen einerseits und unser Mühen und Arbeiten andererseits, der enormen Schwierigkeiten Herr zu werden, ausgemacht hat. Mit solcher Gewerdepolitik glauben wir dem Spruche der Zukunft getroßt entgegengehen zu können. Auch die Kreise, denen diese Darlegungen und Beurteilungen nicht immer genehm waren — sie sind auf Gehilfenseite nicht zu suchen —, werden zugeben müssen, daß sie sich von egoistischen Beweggründen völlig freihielten. Zeigt unrechte Auffassung, was dem Allgemeininteresse dienlich ist oder wie ihm mehr genützt werden könnte, auch in dieser oder jener Beziehung Abweichungen, so kann daraus nicht gefolgert werden, daß wir dem Geiste des Verstehens wollens widerstreben. Die Gehilfen- und die Prinzipalsinteressen haben in einer außer jedem Vergleich stehenden Zeit gewiß mehr Berührungspunkte als sonst, sie sind frohdem aber nicht identisch. Es muß sogar gesagt werden, daß auf Prinzipalsseite keine allzu merkliche Verringerung derjenigen wahrzunehmen war, die einem Schwinden dieses Bewußtseins vorzubeugen wissen.

Ohne die Behandlung aktueller gewerblicher Angelegenheiten in der bis Ende Mai geführten „Wochenschau“ und einer ganzen Anzahl diesem Zwecke gewidmeter Einzelartikel haben in dem zu Ende gehenden Jahre vier Artikelserien Aufklärung und Belehrung über die so mannigfaltigen und zunehmend schwieriger werdenden Aufgaben der kriegsrischen Gegenwart zu schaffen gesucht und gleichfalls die Wegrichtung zu zeigen getrachtet. Inwiefern dies gelungen, unterliegt nicht unserer Beurteilung. Einige Fragen werden im nächsten Jahre erschöpfender zu behandeln sein. Sie waren ohne Schaden noch von der Tagesordnung abzusehen.

Es liegt in der Natur der jetzigen Verhältnisse, daß volle Befriedigung zu erzielen nicht möglich ist. Man muß schon zufrieden sein, wenn den unerfreulichen Erscheinungen die schlimmste Seite genommen und alles noch erträglich gestaltet werden kann. Das

